



Bei-tung des Großherzogthums Posen.

Druck und Verlag der Hof-Buchdruckerei von W. Decker & Comp. Verantwortlicher Redakteur: G. Müller.

Inland.

Der Entwurf eines neuen Reglements für die Prüfungen der evangelischen Predigtkandidaten soll in dem Ministerium der geistlichen Angelegenheiten bereits ausgearbeitet sein und gegenwärtig sämtlichen Consistorien und evangelisch-theologischen Facultäten zur Begutachtung vorliegen. So viel uns darüber bekannt geworden ist, bezweckt dieser Entwurf auch eine Vereinfachung der Prüfungen, was sich besonders darin kundgibt, daß derselbe auf einzelne Hauptfächer der theologischen Wissenschaft ein besonderes Gewicht gelegt wissen will. Als solche Hauptfächer werden darin für die erste Prüfung bezeichnet: die exegetische, historische und systematische Theologie; für die zweite Prüfung: Bekanntheit mit der Bibel und mit den Glaubenslehren der evangelischen Kirche in ihrer biblischen Begründung und in ihren historischen Beziehungen, so wie die Kunst des Predigens und Katechistens. Ferner soll die erste Prüfung in der Regel ein halbes Jahr, spätestens ein Jahr nach dem Abgange von der Universität, die zweite spätestens zwei Jahre nach der ersten Prüfung abgelegt werden, und ein weiteres Hinausschieben derselben nur aus besonderen Gründen und mit besonderer Genehmigung der Consistorien statthaft sein. Die Commission für die erste Prüfung würde, nach dem Entwurf, aus dem General-Superintendenten als Präses, zwei von dem Consistorial-Präsidenten dazu ernannten Mitgliedern des Consistoriums und zwei von ihr selbst gewählten Mitgliedern der nächsten theologischen Facultät bestehen; die Commission für die zweite Prüfung, mit Rücksicht auf ihren mehr praktisch-kirchlichen Charakter, außer dem General-Superintendenten, aus drei Mitgliedern des Consistoriums, zwei Deputirten der Provinzial-Synode und einem vom Ministerium dazu ernannten Mitgliede der theologischen Facultät. Als Voraussetzung wird angenommen, daß nur solche Kandidaten sich zur Prüfung melden, welche mit ihrer Überzeugung im Glauben der Kirche stehen und, von ihm bestellt, als Prediger und Lehrer in der Kirche zu wirken wünschen. Eine Glaubensprüfung soll daher auch nicht stattfinden; sofern sich aber sonstwie bei einem Examinanden das Gegenheil jener Voraussetzung herausstellt, ihm das Besitzungszeugnis versagt werden. Wer das zweite Examen bestanden hat, soll sofort als Vikar in den Dienst der Kirche treten können. Ohne vorher als solcher zugelassen zu haben, würden künftig zu Pfarrstellen landesherrlichen Patronats nur solche Kandidaten berufen werden dürfen, welche in der zweiten Prüfung das Prädikat „vorzüglich“ erhalten haben; bei Privat-Patronatsstellen würde hingegen hierzu das Prädikat „gut“ genügen. Ausländer sollen zu den Prüfungen nur dann zugelassen werden, wenn sie sich vorher in Preußen naturalisiert haben; für anstellungsfähig in der evangelischen Landeskirche können sie nur dann erklärt werden, wenn sie in der zweiten Prüfung das Prädikat „vorzüglich“ oder „gut“ erlangt haben. Eine dritte theologische Prüfung, wie sie jetzt noch unmittelbar vor dem Eintritt in das Pfarramt unter dem Namen „Colloquium“ in den östlichen Provinzen abgehalten wird, soll in der Regel nicht mehr stattfinden. Doch sollen die Consistorien besagt sein, auch eine solche noch anzuordnen, wenn ein Kandidat sich längere Zeit einer nicht berufsmäßigen Beschäftigung gewidmet oder sonst Grund zur Vermuthung giebt, daß er seine theologische oder praktische Fortbildung vernachlässigt hat.

(Span. Ztg.)

Berlin. Die Armee hat den Verlust eines ihrer ausgezeichneten Generale, des General-Lientenants von Diest, zweiten Inspektors der Artillerie, zu beklagen. Derselbe verschied in der Nacht vom 7ten zum 8ten d. M. an einem Schlagflusse.

Der zwischen dem fürstbischöf. General-Vicariat-Amt in Breslau und dem Secretär Nidekt schwedende Criminalprozeß ist noch nicht zu Ende. Der Angeklagte hat die Appellation ergriffen und eine umfassende, von Herrn Müllers Sohn ausgearbeitete Vertheidigungsschrift überreicht. Hiermit zerfällt die Angabe einiger Blätter, wonach der Letztere die Vertheidigung nicht habe übernehmen wollen.

Wenn seit der Einverleibung Krakaus auf der Frankfurter Messe doch noch immer einige wenige Krakauer Geschäftsfreunde erschienen waren, so war diesmal nicht einer zu erblicken, was wohl seinen Grund darin hat, daß dieselben in den vorhergegangenen Messen gewisse Geschäftsverpflichtungen noch abzuwickeln hatten.

Es ist eine eben so auffallende als betrübende Erscheinung, daß die Untersuchungen wegen Meineides in letzterer Zeit häufiger als früher vorkommen. Auch in der vorgestrigen Sitzung des Kriminalgerichts stand wiederum der Schneider S. des Meineides angeklagt vor den Schranken. Die gegen ihn erhobene Anklage beschuldigte ihn, in zwei verschiedenen Prozessen, deren Gegenstand resp. 46 Thlr. und 4 Thlr. waren, wissenschaftlich zwei falsche Eide geschworen zu haben, die ihm von der Gegenpartei zugeschoben waren. Die Verhandlung ergab die Richtigkeit der Anklage auf das Vollständigste, und der Gerichtshof erkannte gegen den S. auf Verlust der Kokarde und aller bürgerlichen Ehre und Gewerbe, Aussstellung an dem Pranger und zweijährige Strafarbeit. Wenn der Gerichtshof in den früheren Fällen des Meineides nicht auf die Aussstellung an dem Pranger, sondern statt dessen in milderer Weise nur auf öffentliche Bekanntmachung erkannt hat, so ging derselbe jedoch heute von seiner bisherigen Praxis, wegen der besonderen Schwere des vorliegenden Verbrechens, ab.

Schlesien. — Am 4. Nov. Abends um 11 Uhr sind Se. Königl. Hoheit der Prinz Adalbert, Sohn Sr. Königl. Hoheit des Prinzen Wilhelm von Preußen, von Berlin und am 5. Novbr. Nachmittags um 2 Uhr Se. Königl. Hoheit der Prinz Wilhelm von Preußen nebst Gefolge, von Würzburg kommend, im besten Wohlsein auf dem Schlosse Fischbach, Kreis Hirschberg, eingetroffen.

Königsberg, den 8. Nov. Es steht uns hier eine zweite gemischte Ehe, wie die des Dr. Falkson, bevor. Ein hiesiger jüdischer Kaufmann wird eine Christin heirathen und der Dr. Rupp die Trauung vollziehen.

Königsberg. — Das Paar, welches der Dr. Rupp jetzt als das fünfte in der freien evangelischen Gemeinde getraut hat, gehört den höheren Ständen an. Der Bräutigam ist nämlich Privatdozent an der hiesigen Universität. Rupp bleibt fest entschlossen, nicht aus der evangelischen Kirche auszutreten, sondern seinen Weg zu verfolgen; auch sind gegenwärtig alle Zwangsmafzregeln gegen ihn eingestellt worden. Seine Gemeinde hält fester, als je, an ihm. Uebrigens hat Rupp zuweilen mit großem Widerstande zu kämpfen. Als kürzlich die Gattin eines höheren Offiziers, der freien evangelischen Gemeinde angehörig, einem Wohlthätigkeits-Verein als Vorsteherin beitreten sollte, erklärten fünf Damen des Vorstandes gegenunn, daß sie dies nicht dulden und lieber eine Südin unter sich sehen würden.

Aachen, den 6. Novbr. Die hiesigen höheren Tuchfabriken erfreuen sich fortwährend eines ununterbrochen lebhaften Absatzes ihrer Fabrikate, und zeigt sich auch in dem Betriebe der Fabriken untergeordneten Klanges in Folge der in letzter Zeit eingegangenen ansehnlichen Waaren-Bestellungen nunmehr im Allgemeinen wieder eine größere Thätigkeit als seither.

Ausland.

Deutschland.

München. — In der öffentlichen Sitzung der Kammer der Abgeordneten am 6. November hielt der Freiherr von Lerchenfeld, als Referent des vereinigten dritten und vierten Ausschusses, Vortrag über das Staats-Anlehen und über Fixierung und Ablösung von grundherrlichen Lasten. Hierauf begann die Berathung über den Antrag der Abgeordneten Edel und Lechner wegen Schuß-Mafzregeln gegen Noth und Theurung.

Hessen. — Der Professor Dr. Friedrich Rehm, Abgeordneter der Landes-Universität zur Stände-Versammlung, ist am 5. November plötzlich mit Tode abgegangen. Er kehrte von Wilhelmshöhe zurück, wo ein großer Theil der Stände-Mitglieder zu einem zu Ehren des Landtags-Kommissarius gegebenen

Gastmahl versammelt war, und war schon verschieden, als der Wagen vor seiner Wohnung hielt. Ein apoplektischer Zufall hatte der Laufbahn dieses verdienstvollen Gelehrten, welcher im 55sten Lebensjahr stand, ein frühes Ziel gesetzt.

Oesterreichische Staaten.

Wien den 7. Nov. Se. Majestät der Kaiser hat nachstehende Handschreiben erlassen:

„Lieber Graf Mailáth! In gnädiger Anerkennung Ihrer erprobten Dienste und der Mir stets bewiesenen Anhänglichkeit, finde Ich Mich in Gnaden gewogen, Sie hiermit zu Meinem Staats-Minister zu ernennen, wobei Ich Sie des bisher bekleideten Postens eines Ungarischen Hofkanzlers in Gnaden enthebe und Mir vorbehalte, Ihre erprobten und von Mir stets gern anerkannten Dienste bei vorkommender Gelegenheit zu verwenden.“

Wien, den 31. Oktober 1847.

Ferdinand.“

„Lieber Graf Apponyi! Nachdem Ich unterm 31. Oktober d. J. den Grafen Anton Mailáth von dem Posten eines Ungarischen Hofkanzlers zu entheben befunden habe, so übertrage Ich Ihnen im Nachhange Meines Kabinettschreibens vom 5. April vorigen Jahres nunmehr definitiv die Leitung Meinung Ungarischen Hofkanzlei und halte Mich überzeugt, daß Sie Meinem in Sie gesetzten Vertrauen, gleich wie bisher, so auch künftig, in jeder Beziehung vollkommen zu entsprechen wissen werden.“

Wien, den 6. November 1847.

Ferdinand.“

Se. Kaiserliche Hoheit der Erzherzog Stephan, welcher von Sr. Majestät dem Kaiser mit dem Großkreuze des Ungarischen Stephan-Ordens dekoriert worden ist, befindet sich noch hier und arbeitet täglich mit dem Ungarischen Hof-Kanzler in Bezug auf den Ungarischen Landtag.

Nachrichten aus Turin zufolge betrachtete man dort die Verlobung des Herzogs von Genua mit einer Sächsischen Prinzessin als nahe bevorstehend; hier weiß man nichts Bestimmtes in dieser Beziehung.

Pressburg, den 2. Nov. (Presl. 2.) Gestern sind hier wieder 700 Mann Grenadiere, Kürassiere und Kanoniere eingetrückt. Die früher hier garnisonirenden Ungarn sind nun vollständig durch Deutsche Truppen abgelöst und nach der Festung Komorn versezt worden. Neben den imposanten militärischen Entfaltungen werden auch außergewöhnliche polizeiliche Maßregeln getroffen, um bei der während des Reichstages außerordentlich vermehrten Bevölkerung unserer Stadt jeder Störung der Ordnung vorzubürgen. Es sind schon jetzt sehr viele Fremde hier eingetroffen, und es ist fast kein Quartier mehr zu bekommen. Auch mehrere Deputirte sind bereits angekommen; doch erfahren wir, daß die Gründung des Reichstags vom 7ten d. M. auf den 15ten verschoben worden ist.

Vorgestern wurde hier von den Studirenden des evangelischen Lyceums das Luthersfest unter großer Theilnahme des Publikums gefeiert. Die Feier beschloß ein Gedicht: „Die Sehnsucht nach Deutschland.“ Es muß indeß bemerket werden, daß solche Sehnsucht nur von einem Theil der Studirenden, die Deutschen genannt, gehegt wird, während der andere Theil, die Ungarn, eine antideutsche Richtung verfolgen, welche sie selbst in Sachen des Protestantismus sehr lau macht. Die Professoren begünstigen die erstere Richtung.

Mailand den 2. Nov. Die Gazz. di Milano enthält in ihrem heutigen Blatte nachstehenden Artikel: „In verschiedenen Römischen und Toskanischen Blättern ist über einen am 14. Oktober zu Ferrara stattgehabten Vorfall ein sehr übertriebener und ungenauer Artikel aufgenommen worden, welchen wir durch die nachfolgende wahrheitsgetreue Erzählung berichtigten. Schon einige Tage früher war die Oesterreichische Schildwache, welche am Eingange einer zum Hauptplatz, wo die Hauptwache liegt, führenden Straße stand, durch verwegene Handlungen belästigt worden. Am genannten Tage stellte sich ein Mann mit einer brennenden Zigarre in der Nähe der gedachten Schildwache auf, welche ihn aufänglich artig ersuchte, in so geringer Entfernung von ihr nicht zu rauhen, da sie die Weisung hatte, dieses den Vorschriften entgegenlaufende Benehmen nicht zu gestatten. Da jedoch der Mann diese Mahnung der Schildwache unbeachtet ließ, so bedeutete ihm diese ernstlich, sich zu entfernen. Nur nachdem der Verwegene sich geweigert hatte, Folge zu leisten, und nachdem er Schmähworte gegen den Wachtposten ausgestossen, stieß ihn diese mit dem Gewehrlaufe zurück. Als hierauf sich Lente lärmend und gegen das Oesterreichische Militair schmähende Worte ausspuckend zusammengerottet hatten, warfen zwei Individuen aus der Rotte mit Steinen gegen die mittlerweile verdoppelte Wache. Nachdem ein Oesterreichischer Soldat an der Seite getroffen worden, feuerte dieser sein Gewehr gegen einen der gedachten zwei Angreifer und traf ihn am Fuße. Uebrigens muß diese Wunde leicht gewesen sein, indem Letzterer die Flucht ergreifen und sich unter der Menge verborgen konnte. Der andere Angreifer flüchtete sich in ein nahe gelegenes Haus, wo er, nach einem Widerstande, welcher ihm einige Kontusionen zuzog, verhaftet und sofort der päpstlichen Militair-Behörde überantwortet wurde. Aus der Vergleichung dieser wahrheitsgemäßen Schildderung mit den obgedachten Artikeln kann man bei diesem Aulasse, wie bei so vielen anderen, entnehmen, mit welcher Uebertriebung dieselben verfaßt wurden.“

Krakau den 8. Nov. Um dem Getreidehandel in Krakau die thunlichste Erleichterung zuzuwenden, ist, laut Bekanntmachung des Grafen Deym vom 6ten d., die Bestimmung getroffen, daß die Brodfrüchte Weizen und Roggen bei der Einfuhr nach Krakau von der Verbrauchssteuer ganz frei zu lassen, dagegen aber, wenn diese Getreide-Gattungen innerhalb der Linie Krakau's vermahten oder verschrotet werden, dafür die Verbrauchssteuer, bevor dieselben in die Mühle kommen, zu entrichten. Diese Umlegung der Verbrauchssteuer von der Einfuhr

der Brodfrüchte Weizen und Roggen auf die Vermählung und Verschrotung soll mit dem 15. November 1847 in Ausführung treten.

Frankreich.

Paris den 7. Nov. Der König kam vorgestern abermals nach Paris, um den Vorsitz in einem Minister-Rathe zu führen. Abends kehrte Se. Majestät wieder nach St. Cloud zurück. Der Herzog von Nemours hatte dieser Tage mit mehreren Generälen lange Konferenzen im Pavillon Marsan. Begleitet von den beiden Holsteinischen Prinzen, hat der Herzog von Nemours am Mittwoch einen Theil der hier und zu Versailles in Besitz stehenden Truppen manövriren lassen. Prinz Joinville ist, nach Berichten aus Italien, am 29. Oktober von Livorno wieder in Spezzia eingetroffen. Dem neuen General-Gouverneur von Algier, Herzog von Almalo, gaben die dortigen muselmännischen Behörden am 28. Oktober in einem Hotel der Familie Mustapha Pascha's einen glänzenden Ball, zu welchem etwa 1000 Einladungen ergangen waren. Als der Herzog von Almalo mit einem zahlreichen Gefolge erschien, ward er von dem muselmännischen Ball-Comité mit vielen Feierlichkeiten unter dem Klange einer Türkischen Musik empfangen; zum Tanze spielte jedoch ein Französisches Orchester auf. Der Prinz unterhielt sich viel mit den angesehensten Muselmännern und verweilte bis Mitternacht.

Der Englische Gesandte hat eine lange Zusammenkunft mit Guizot gehabt, als deren Gegenstand man die Schweizer Wirren bezeichnet.

Lamartine hat so eben auch über die Schweizer Frage einen Artikel veröffentlicht, in welchem er, eben so wie bei den Italienischen Angelegenheiten, der Französischen Regierung ein reactionaires Verfahren schuldgißt und auch hier wieder ihre jetzige Stellung auf die Spanischen Heirathen zurückführt. Der goldene Ring von Madrid, meint er, habe sich für die Französische Regierung in einem eisernen verwandelt, an dem ihre Politik gesesselt liege; durch ihn sei die Allianz mit England gesprengt und Frankreich in Oesterreichs Arme getrieben worden; daher könne es denn weder in Italien noch in der Schweiz die Rolle spielen, die ihm nach Lamartine zukäme, die Rolle nämlich des Protektorats über einen Italienischen Staatenbund und über eine Revision des eidgenössischen Bundes-Vertrages.

Savanne.

Ein Journal äußert sich folgendermaßen über die gegenwärtigen Zustände am Hofe: Es war nicht genug, daß man den freien Willen der Königin in den Handelsangelegenheiten beschränkte, und sie zwang, heut Minister anzunehmen, morgen sie zu entlassen: sondern jetzt legt man auch ihren Privatangelegenheiten und Rechten Zwang auf. Bis jetzt hat die Königin sich, weil sie sich hoffentlich ganz mit ihrem Volke identifiziren wollte, nur in der Begleitung von wenigen Dienern gezeigt. Jetzt umgibt man sie mit Soldaten und hält sie fern von den Orten, wo das Volk sich befindet. Sie hatte eingesehen, daß jene große Hoffeste, wo man in einem Tage den Betrag der Steuern einer ganzen Stadt schwelgerisch aufzehrt, eine Beleidigung und Verhöhnung aller Zustände der Not im Lande seien. Daher hatte sie diese Feste abbestellt und sich auf ein einfaches häusliches Leben beschränkt. Allein auch dieses wird wieder abgeschafft, nur der Pomp der Hofhaltung eingeschürt und diejenigen, welche seit drei Jahren nur zerissene Mäntel und Stiefel hatten, prunkten jetzt wieder in Gold und Seide, die sie in kürzester Zeit gewonnen haben. Nach den Festmahlen, Jagdpartien, ländliche Ausflüge; alle diese Anstalten sollen nur dazu dienen, der Königin den wahren Zustand des Landes zu verhelen.

Portugal.

London, den 5. Nov. Es sind neuere Berichte aus Lissabon vom 30. v. M. eingegangen. Die Versuche, ein Ministerium unter Leitung des Herrn Fonseca Magalhaes (der übrigens nebst mehreren achtbaren Individuen die Paix würde erhalten hat) zu bilden, sollen fehlgeschlagen sein, da die Septembristen von keiner Coalition mit den Cabralisten hören wollten. Unter diesen Umständen bleiben die jetzigen Minister bis zum Zusammentritte der Cortes. Die Königin und der König sind ganz den Cabralis ergeben, und es heißt, die Gesandten von Frankreich und Spanien hätten ihre Abberufung verlangt, weil sie neue Instructionen erhalten, wonach sie die Cabralisten unterstützen und das Protokoll als nichtig ansehen sollten. Prinz Albert soll an König Ferdinand geschrieben und sich über die Nichtachtung des Protokolls beschwert haben. Der neue Oesterreichische Gesandte, Graf Esterhazy, war angekommen. Ihm zu Ehren wurde Empfang bei Hofe angesetzt, aber von den Häuptern der Septembristen erschien Niemand. Der Herzog v. Palmella hat einmal einer Staatsratssitzung nicht beiwohnen wollen, da er mit den Cabralis nicht zusammentreffen wollte. Der Geburtstag des Königs ging theilnahmlos vorüber; außer Kasernen und öffentlichen Gebäuden war nur ein Dutzend Privathäuser beleuchtet. Au Dividenden-Zahlungen ist schwerlich zu denken.

Großbritannien und Irland.

London, den 5. Novbr. Gestern hatte eine Deputation aus Birmingham Audienz bei Lord John Russell, um sich über die Unzulänglichkeit der Regierungs-Maßregel zu beschweren, die bei dem hohen Zinsfuße, welche der Bank vorgeschrieben sei, höchstens zur Erfüllung früherer Verbindlichkeiten zweckmäßig sei, aber nicht zur Eingehung neuer Geschäfte ermuntern könne, die überdies das Eigentum um mindestens 20 p.C. entwerten und einen Schaden von 1000 Millionen Pfund St. angerichtet habe. Man warf den Ministern geradezu Untkunde vor, da sie noch kurz vor der Krise sich des gesunden Zustandes der Geld-Verhältnisse gerühmt hätten. Den Grund alles Nebels suchte man in der Bank-Akte und deren Anwendung, so wie in dem verkehrt Geldsystem. Man verlangte unmittelbare Abhilfe und Untersuchung der ganzen Geldfrage, wibrigenfalls man im Parla-

Mente auf Entlassung der Minister antragen werde. Lord John Russell erwiederte, die gewünschte Erleichterung werde augenblickliche Abhülfe, später aber größeres Elend zur Folge haben, und erhob sich, um die Unterredung zu beenden. Da fragte ihn einer der Anwesenden noch, ob er zu einer gründlichen Untersuchung der bestehenden Geldverhältnisse schreiten wolle oder nicht? worauf er nach kurzem Besinnen erwiederte: „Ich kann nicht sagen, ob ich will oder nicht.“

Der Graf von Dalhousie ist gestern in der Ostindischen Direktions-Versammlung als General-Gouverneur vereidigt worden. Uebermorgen geht er mit seiner ganzen Familie von Portsmouth nach Alexandrien ab.

Hier in London sind keine neuen Fallisements vorgekommen, dagegen werden deren wieder mehrere aus dem Innern gemeldet.

Der gegeuwärtige Zustand vieler Theile Irlands ist der des Krieges zwischen Bauern und Gutsbesitzern, und um solchen Zustand entgegenzuwirken, sind die Macht und die Wirkungen des Gesetzes gänzlich unzureichend. Der einzige Weg für die Irändische Regierung besteht in der Aufhebung der Habeas Corpus-Akte und in einem mit dem vollständigen Nachdruck exekutiver Gewalt ausgerüsteten Verfahren gegen die menschmörderischen Distrifte; es ist auch wahrscheinlich, daß noch ehe der Winter vorüber ist, eine solche Maßregel getroffen werden wird. Selbst die Repealers und viele Ultra-Patrioten sind bereit, die Regierung bei so entschiedenem Verfahren zu unterstützen.

S ch w e i z.

Bern, den 5. Nov. Der bereits gestern gemeldete „Exekutionsbeschluß“ lautet wörtlich wie folgt:

„Die eidgenössische Tagsatzung, in Betrachtung, daß durch den Beschuß von 20. Heumonat d. J. das Separatbündniß der sieben Stände: Luzern, Uri, Schwyz, Unterwalden, Zug, Freiburg und Wallis als mit den Bestimmungen des Bundes unverträglich und demgemäß als aufgelöst erklärt worden ist; daß die erwähnten Kantone für die Beachtung dieses Beschlusses verantwortlich gemacht wurden, und daß sich die Tagsatzung vorbehalten hat, wenn die Umstände es erfordern, die weiteren Maßregeln zu treffen; in Betrachtung, daß die Gesandten der Sonderbundskantone schon unterm 22. Heumonat die Erklärung abgaben, daß sie jene Schlusznahme nicht anerkennen; in Betrachtung, daß den von der Tagsatzung ernannten eidgenössischen Repräsentanten der Zutritt vor den Instruktionsbehörden und vor Landsgemeinden der betreffenden Kantone verweigert, die Verbreitung der versöhnlichen und freundedienstlichen Proklamation beinahe überall verboten und im Kanton Luzern sogar als ein Verbrechen mit Strafe bedroht worden ist; in Betrachtung, daß seither gemachte Vermittelungsvorschläge von den nämlichen sieben Ständen zurückgewiesen wurden, und alle Bemühungen, dieselben auf friedlichem Wege zur Anerkennung und Erfüllung beschworener Bundespflichten zurückzuführen, erfolglos geblieben sind; in Betrachtung, daß die erwähnten Kantone schon vor dem 20. Juli, so wie nachher außerordentliche militärische Rüstungen getroffen, Feldbefestigungen aufgeworfen, Waffen und Munition aus dem Auslande bezogen haben, offenbar zum Zweck, um sich der Vollziehung der durch die Tagsatzung gefassten Schlusznahmen selbst mit Waffengewalt zu widersehen; in Betrachtung, daß die gleichen Kantone auch den Beschuß vom 11. August, durch welchen sie ernstlich gemahnt wurden, Alles zu unterlassen, was den Landfrieden stören könnte, nicht beachtet, sondern nach wie vor denselben durch Herstellung von Verschanzungen und Fortsetzung ihrer außerordentlichen Rüstungen den Schlusznahmen der Tagsatzung entgegengehandelt haben; in Betrachtung, daß die Gesandten dieser Kantone unterm 29. Weinmonat die Tagsatzung und die Bundesstadt verlassen und durch solchen Akt in Verbindung mit den gleichzeitig abgegebenen Erklärungen und seither getroffenen militärischen Anordnungen sich gegenüber der Eidgenossenschaft in offenen Kriegszustand versetzt haben; in Betrachtung, daß nach Allem diesem es Gebot des Bundes und Pflicht der Tagsatzung ist, den von ihr auf Grundlage bündesrechtlicher Vorschriften gefassten Beschlüssen Nachachtung zu verschaffen und alle bündesmäßigen Mittel anzuwenden, um einem solchen die innere und äußere Sicherheit der Eidgenossenschaft bedrohenden Zustand entgegenzutreten; in Anwendung der Artikel I, VI und VIII des Bundesvertrags, beschließt, was folgt:

1) Der Beschuß der Tagsatzung vom 20. Heumonat laufenden Jahres über Auflösung des unter den Kantonen Luzern, Uri, Schwyz, Unterwalden, Zug, Freiburg und Wallis abgeschlossenen Sonderbundes ist durch Anwendung bewaffneter Macht in Vollziehung zu setzen. 2) Der Oberbefehlshaber der eidgenössischen Truppen ist mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt. 3) Die Tagsatzung behält sich vor, die weiter erforderlichen Maßnahmen zu treffen. 4) Der eidgenössische Vorort ist angewiesen, gegenwärtigen Beschuß dem Oberbefehlshaber der eidgenössischen Kriegsrath und sämtlichen Kantonssregierungen unverzüglich mitzutheilen.“ Es wurde in kurz motivirten Sätzen von den $12\frac{1}{2}$ Ständen angenommen, die $1\frac{1}{2}$ neutralen verwahrten sich gegen die Folgen des Kampfes und flehten Gott um ein gnädiges Ende an. Der von Herrn Kern redigte Beschuß wurde 20 Minuten vor 6 Uhr angenommen; die Verlesungen der Protokolle der zwei Sitzungen, die Beleidigung des neuen Bündener Gesandten Castisch und des Stadtschreibers Schieze haben über eine Stunde Zeit erfordert. Hierauf folgte durch die bekannte Majorität die Annahme der von Druey verfaßten Proklamation an die eidgenössischen Soldaten, die Ihnen schon durch die gestrige Post zugelommen sein wird. Eine noch nicht gedruckte Proklamation an das gesamte Schweizer Volk, welche Herrn Turrer zum Verfasser hat, wurde unter Verhandlung für die Tresslichkeit der Arbeit zum Dritten angenommen. Dem Obergeneral

wurde kein Angriffstermin gesetzt. Den Schluß der Sitzung machten verschiedene Anzeigen und Wahlen in den eingenössischen Generalstab. Die Galerien waren übersfüllt.

Bern. — Am 3. Nov. erhielt der Englische Geschäftsträger durch einen Kabinetskourier eine Note, worauf er sogleich nach Freiburg abging, gestern früh wieder nach Bern zurückkam und um 9 Uhr beim Bundespräsidenten Audienz hatte. Ueber den Inhalt dieser Note verlautet nichts, nur weiß man, daß in den jüngsten Tagen auch das Englische Kabinet durch seinen Geschäftsträger eine Vermittlung dringend gewünscht hat. — Sobald nun die Truppen in die Linien eingerückt sind, werden die Operationen beginnen, und ohne Zweifel wird es zuerst auf Freiburg losgehen. — In Folge des von der Tagsatzung gefassten Exekutionsbeschlußes hat der Regierungsrath beschlossen, daß jeder Verkehr, von welcher Art er sei, von nun an zwischen dem Kanton Bern und den Sonderbundskantonen bis auf weiteres unterbrochen sein soll.

Bern. — Am 5. Nov. werden die Kriegs-Operationen ihren Ansang nehmen. Oberst Burchardt und Nilliet-Constant werden ihre Divisionen zuerst gegen Freiburg gebrauchen, und wie wir vernehmen, sollen die Feindseligkeiten gegen diesen Kanton am öten eröffnet werden.

Der Generalstab des Bundesheeres besteht aus: 1) General Dufour von Genf. 2) Generalstabs-Chef Oberst Frei-Heroë von Aarau. 3) General-Adjutant Oberst Zimmerli von Bern. Die fünf Divisions-Kommandanten sind: General von Donats von Chur, in Solothurn; Oberst Burchardt von Basel, in Bern; Oberst Nilliet von Genf, in Lausanne; Oberst Ziegler von Zürich, in Aarau; Oberst Smur von Schenissen, in Zürich. Kommandant in Tessin ist Oberst Luvini von Lugano; Kommandant der Truppen des Geniewesens Oberst Buchwald von Bern; Kommandant der Artillerie Oberst v. Orelli von Zürich; Oberst-Kriegs-Kommissair Bürgermeister Abys von Chur; Kommandant der Reserve-Artillerie Oberst-Lieutenant Dengler von Zürich.

Zürich. — Man irrt sich sehr, wenn man glaubt, daß Bern die Zügel halte. Zürich, von Thurgau, St. Gallen, Bündten und Solothurn sekundirt, leitet die Geschicke der Schweiz; Herr Ochsenbein fügt sich, weil er muß, und weil ihn, wie er offen gesteht, der Makel des Freisaarenzuges niederrückt. Dr. Turrer, Dr. Kern und Munzinger sind die Directoren, und diese werden auf der bisherigen Bahu forschreiten, mag kommen, was will.

Zürich, den 4. Nov. Neun und siebenzig der reichsten und angesehensten Bürger dieser Stadt haben in einem öffentlichen Blatt nachstehende Erklärung erlassen: „Die unterzeichneten Bürger von Zürich erklären die Verdächtigungen, welche sowohl gegen die hiesige Bürgerschaft im allgemeinen, als insbesondere gegen einzelne Männer der konservativen Partei mit Hinsicht auf angeblich reaktionäre Pläne in öffentlichen Blättern und zumal in der „Neuen Zürcher Ztg.“ erschienen sind, für durchaus unwahr und verleumderisch und sprechen ihre gerechte Entrüstung darüber aus, daß durch grundlose Gerüchte jeder Art gegen ihre Vaterstadt und einzelne Personen zu Ausbrüchen roher Leidenschaft aufgehetzt wird. Sie sichern eine Belohnung von 400 Fr. demjenigen zu, der den über die Einführung der vorgeblichen Correspondenzartikel aus Zürich, welche in neuerer Zeit in der „Kathol. Ztg.“ erschienen sind, mit Sicherheit bezeichnet.“ (Folgen die Unterschriften.)

Am 5. November ist eine Scharfschützen-Compagnie Graubündner in Zürich angelangt.

Die Kath. Ztg. meldet, daß die Urner und Obwaldner nun wirklich in Luzern eingezogen seien. Die Obwaldner werden nächstens erwartet.

Eschenbach (Luzern), den 4. Nov. In Folge eines Misverständnisses wurde gestern Abends Sturm geläutet. Sogleich ertönte die Sturmloge auch in den benachbarten Gemeinden und der Landsturm fand sich massenhaft auf seinen Sammelpunkten ein.

Altendorf (Uri). — So eben (den 5. Nov.) Mittags 1 Uhr, eilt eine Stafette im Gallop an und bringt die Nachricht, daß die Tessiner unsere Lente auf dem Gotthard angegriffen und schon lange mit ihnen sich schlagen; in den öbern Gemeinden heulen die Glocken Sturm. Der Kriegsrath schickte sogleich von der zweiten Landwehr 240 Mann zur Hülfe ab.

R u s s l a n d u n d P o l e n .

Warschau, den 2. Nov. Die offizielle Zeitung des Königreichs Polen enthält Folgendes: „Das Medizinal-Kollegium des Königreichs Polen hat in Betreff d. r Frage: ob frische Kartoffeln ohne Gefahr zur menschlichen Nahrung oder als Viehfutter und zum Brautweinsbrande gebraucht werden können? auf Grundlage der über diesen Gegenstand bisher gemachten Erfahrung folgendes Gutachten abgegeben: Kartoffeln, die bereits vollkommen verdorben, d. h. verfault und von Flüssigkeit durchdrungen sind und einen ekelhaften Geruch von sich geben, können nicht als Nahrung für Menschen, auch nicht als Viehfutter und zum Brautweinsbrande benutzt werden, zu letzterem schon darum nicht, weil sie keinen Alkohol geben. Kartoffeln, die zwar auf von der Krankheit infizierten Felsen geändert, aber noch nicht verdorben sind, so wie solche, an denen die Krankheit sich als Schorfstellen oder trockene Fäule zeigt, und die, wenn man die verdorbenen Theile mit einem Messer abschält, noch keinen übeln Geruch von sich geben, können ohne Gefahr zum Speisen benutzt werden. Wenn aber die ganze Kartoffel oder der größte Theil derselben von der Fäule zerstört erscheint, wirkt sie, von Menschen genossen, schädlich und kann nur zu Viehfutter oder zum Brautweinsbrand gebraucht werden. Nach den neuerdings gemachten Beobachtungen verfährt man, anstatt die verdorbenen Kartoffeln zu vernichten, besser, wenn man

sie in trockenen, hochgelegenen Boden vergräbt. Die dergestalt vergrabenen und gegen den Einfluß der Lust und vor weiterem Verderben geschützen, lassen nach Verlauf einiger Jahre reines Stärkemehl zurück, das, mit Wasser ausgewaschen, sehr gut zu Speisen gebraucht werden kann."

G r i e c h e n l a n d.

Athen den 22. Okt. Die in Englischen Dingen wohl unterrichtete Hoffnung erzählt von drei Englischen Notes, die in den jüngsten Tagen in Athen angekommen sein sollen, und setzt ihren Inhalt auseinander. Die eine Note verwirft den noch von Kolettis ausgegangenen Vorschlag über die Modalität der regelmäßigen Abzahlung der Griechischen Anleihe innerhalb des Zeitraums von dreizehn Jahren, gestützt auf den Verkauf der Staats-Ländereien, verlangt aber zu gleicher Zeit unauffchiebar die Zahlung des treffenden Zinsen-Autheils, welchen die Englische Regierung am 1. September d. J. an das Banquierhaus Rothschild für Griechenland bezahlt habe. Die zweite Note verlangt die Beilegung des Türkischen Streites und giebt als Grund an, weil Griechenland die Pflicht gegen einen Gesandten einer befremdeten Macht verletzt habe. Die dritte Notetheilt die Antwort dem Griechischen Kabinette mit, welche Lord Palmerston der hohen Pforte gegeben hat auf ihrem Vorschlag, daß England das Schutzrecht über die Griechen in der Türkei übernehmen möchte. England lehnt es ab aus dem Grunde, weil es selbst in die Lage kommen könne, gegen Griechenland Zwangsmaßregeln gebrauchen zu müssen, schlägt aber Russland zur Übernahme dieses Schutzes vor. Außer einer Russischen Note, welche in der mildesten Form zur Beilegung des nachbarlichen Streites aurath, übersendete Kaiser Nikolaus auch reiche Geschenke für die ihrer Vossendung nahe Irenen-Kirche zu Athen — bestehend in goldenen und silbernen Gefäßen, in Altarschmuck und Bischofskleidern von Goldbrokat.

In Konstantinopel fährt man fort, die bisher in Wirksamkeit gesetzten Zwangsmaßregeln, je nach der Erfindungsgabe menschenfreundlicher Rathgeber, mit neuen zu vermehren. Den Konsulen Griechenlands in der Wallachei und Moldau wurden ihre Funktionen eingestellt, und in Konstantinopel predigen die Imame in den Moscheen bitteren Haß gegen die Griechen, der den Muselmännern so eigenthümlich ist.

Die Rebellen Papacosta und Valenzas haben sich, den neuesten Nachrichten des Generals Mamuris zufolge, wieder auf Griechisches Gebiet geworfen und suchen nach Salona vorzudringen. Es kam zu einem Gefechte zwischen den Königlichen Truppen und den Rebellen, in welchem auf beiden Seiten Todte und Verwundete waren.

Athen, den 24. Oktbr. Die Griechische Regierung hat an die Repräsentanten der fünf Großmächte ein Memoire übergeben, welches die aktentümliche Darstellung des Beginns und Fortgangs des Türkisch-Griechischen Krieges enthält, und dem mehr als fünfzehn offizielle Schreiben beigegeben sind. Da die Pforte ihrerseits auch vor einiger Zeit ein solches Altenstück den Gesandten der drei Schirmächte übergeben hat, in welchem sie den Hergang in ihrer Beleuchtung darstellte, so lag es wohl in der Pflicht der Griechischen Regierung, auch eine solche, aber nur auf Thatsachen gegründete Darstellung des Hergangs und Verlaufs des Krieges bekannt zu machen. Diejenigen, welche dieses Memoire gelesen, sprechen sich über gründliche und präzise Darlegung, über die schöne und klare Sprache in demselben vortheilhaft aus.

O s t i n d i e n u n d C h i n a.

London den 3. Novbr. In der Hauptstadt der Seelhs., Lahore, hat die Wegführung der Kanih weder Aufregung veranlaßt noch Aufsehen gemacht. Die Regierung sucht jetzt in Lahore die Anpflanzung der Kartoffel zu bewirken. Der gegenwärtige Britische Resident zu Lahore, Oberst Lawrence, geht wegen Kranklichkeit mit Lord Hardinge nach England zurück; zu seinem Nachfolger ist Sir G. Currie bestimmt. Aus einem Theile der 50,000 Mann, worunter 10,000 Europäer, welche jetzt mit 100 Kanonen zu jedem Dienste bereit an der nordwestlichen Gränze stehen, hat man drei bewegliche Brigaden von je 3400 Mann gebildet, welche mit Gepäckthieren und Vorräthen vollständig versehen werden sollen, um auf jeden Wink ins Feld rücken zu können.

Aus Hong-Kong reichen die Nachrichten bis zum 25. August. Man war jeden Augenblick auf den Wiederausbruch der Feindseligkeiten gefaßt. Die Forts an der Bogue waren wieder in Vertheidigungszustand gesetzt, auf dem Kanton-Fluß wurden mehrere Reisende ermordet, fremde Offiziere beschäftigten sich, die Chinesen in der Provinz Kanton zu discipliniren, und auf dem den Engländern in dem letzten Vertrage abgetretenen Grund und Boden hatten die Männer von Honang sogar ein Fort errichtet. Man vermutete, daß die Instruktionen des Englischen Bevollmächtigten dahin lauteten, eintretenden Fälls mit der größten Energie einzuschreiten und auf Erfüllung aller Stipulationen der früheren Verträge zu bestehen.

V e r m i s c h t e N a c h r i c h t e n .

Posen. — Die neueste Nummer des Amtsblatts der Posener Regierung enthält eine Verfügung in Betreff der Juden in unserer Provinz, aus der wir folgende Hauptpunkte entnehmen: 1) Die naturalisierten Juden des Großherzogthums Posen bedürfen bei der Beilegung ihres Wohnsitzes nach einer anderen Provinz des Staates nicht mehr einer Genehmigung des Königlichen Ministeriums des Innern, vielmehr haben dieselben in solchem Falle der Polizei-Behörde des Ortes, wo sie sich niederzulassen beabsichtigen, nur nachzuweisen, daß sie die Naturalisation für die hiesige Provinz erlangt und ihre Corporations-Pflichtungen

gegen die Synagogen-Gemeinde, welcher sie bisher angehörten, abgelöst haben. 2) Die unter den Juden vorkommenden Geburts-, Heiraths- und Sterbefälle sind nicht mehr bei der Orts-Polizei-Behörde, resp. bei dem Vorstande der Synagogen-Gemeinde, sondern bei dem betreffenden Gericht anzumelden. 3) Die ehelichen Kinder naturalisirter Juden hiesiger Provinz, welche am 16. August c. von welchem Tage an diese Verfügung Gesetzeskraft erlangt hat, noch in väterlicher Gewalt oder unter Vormundschaft gestanden haben, gehören, vermöge ihrer Geburt in die Klasse der naturalisierten Juden. 4) Alle in die Klasse der Naturalisierten eintretenden Juden, sollen Naturalisations-Patente erhalten; bei den ehelichen Kindern naturalisirter Juden soll jedoch der Ausfertigung von Naturalisations-Patenten bis zum vollendeten 14. Lebensjahre Aufstand gegeben werden, sofern nicht dargethan wird, daß aus besonderen Gründen z. B. Behuße Niederlassung in einer anderen Provinz eine fröhliche Aussertigung zum Ausweis für das Kind erforderlich ist. 5) Naturalisierte Juden, denen die Nationalitätsrechtskräftig aberkannt ist, verlieren dadurch ohne Weiteres die mit der Naturalisation verbundenen Rechte. Außerdem können diese Rechte einem Juden durch Plenarbeschluß der Regierung entzogen werden, wenn derselbe: a) die Naturalisation auf Grund wissenschaftlich unwichtiger Angabe erlangt hat, sowie: b) in allen denselben Fällen, in welchen nach der revidirten Städte-Ordnung vom 17. März 1831 das Bürgerrecht entzogen werden kann. Gegen das, die Entziehung der Naturalisation festsetzende Resolut der Regierung, ist der Refurs an den Herrn Minister des Innern zulässig, derselbe muß jedoch binnen einer zehntägigen präzisiven Frist nach Eröffnung des Resoluts bei der Regierung angemeldet werden. 6) Die Bestimmung, daß zur Niederlassung ausländischer Juden die Genehmigung des Ministeriums des Innern erforderlich ist, umfaßt nach der höhern Orts gegebenen Erläuterung auch die Fälle, wo ausländische Judinnen durch Verheirathung mit inländischen Juden nach Preußen übersiedeln wollen.

Berlin. Wie man hört, wird das Landtags-Album, welches Stulpnagel hier mit Aufwand vieler Mittel unternommen hat, nun bald erscheinen. Die Ausstattung soll eine sehr stattliche sein; es werden sich in demselben die Handschriften fast sämtlicher Abgeordneten des Vereinigten Landtags befinden, und dem Herausgeber soll es gelungen sein, auch die Handschriften hoher Personen für das bezeichnete Gebenbuch zu erhalten.

Liegnitz, den 8. Novbr. Heute eröffnete sich uns mitten im Frieden die Aussicht auf einen kleinen Krieg. Von der sogenannten Nepomuk-Brücke in der Breslauer Vorstadt bis hinauf zum Heinzensteige sind von Seiten der Eisenbahn-Direktion eine Menge Arbeiter beschäftigt, das Kazbachbett in dem Grade zu erweitern, wie es bereits unterhalb der bezeichneten Brücke geschehen ist. In diese Zeute nun war der böse Geist der Unzufriedenheit — wie man sagt, wegen Meinungs-Differenzen in Bezug auf ihr Tagelohn — gefahren, und dieser äußerte sich heute in so bedenklichen Mienen und Worten, daß man es für gut befand, den älteren Theil der hiesigen Garnison mit scharfen Patronen gegen die Uebelgesinnten auszuschicken. Auch an die Rekruten sollen bereits scharfe Patronen vertheilt gewesen sein. Die schreckliche Angelegenheit ist aber ohne Schwerdtstreich und Flintenschuß beigelegt und der Friede wieder völlig hergestellt worden. — Heute ist hier Stadtverordnetenwahl gewesen, über deren Ergebniß wir aber noch nichts mittheilen können. Hoffentlich hat man dabei Rücksicht auf die nun wohl bald ins Leben tretende Deffentlichkeit der Sitzungen genommen und tüchtige Sprecher in das Collegium gezogen.

Wien. — Auf der nördlichen Kaiserl. Staatsbahn hat sich am Aten d. M., Morgens 8 Uhr, ein höchst beklagenswerthes Unglück ereignet. Nach dem so eben eingelaufenen ersten Berichte verspätete sich von den beiden Trains, welche zwischen Prag und Pardubitz verkehren, der von Pardubitz kommende, zwischen der Station Böhmis. Brod und Auwal und konnte den ihm entgegenkommenden Prag-Pardubitzer Train, ungeachtet der ganz geraden Linie, wegen des an diesem Tage ungewöhnlich starken Nebels, nicht sehen. Die beiden Trains fuhren an einander, und leider hatte dieser Zusammenstoß zur Folge, daß einer der Passagiere ein Opfer desselben wurde. Ein zweiter Reisender erlitt einen Beinbruch und einige andere geringe Verlehrungen. Vom Bahn-Personale blieben der Maschinführer des Prag-Pardubitzer Zuges und sein Heizer tot, von den Conducteurs wurden zwei sehr bedeutend und einige minder schwer verletzt. Die beiden Maschinen und drei Waggons wurden stark beschädigt. Die Bahn, welche bis zur Hinwegräumung derselben unsahrbar war, konnte Abends wieder dem Betriebe übergeben werden. Für die durch das traurige Ereigniß Verwundeten wurde die mögliche Sorge getragen. Die gerichtliche Untersuchung über die nähere Ursache dieses Unfalls ist bereits eingeleitet.

Paris. Die Abtheilung für gewebte Waaren im Rathe der Sachverständigen zu Paris hat beschlossen, an die betreffenden Behörden das Ausuchen zu stellen, dem Unfuge der als Ausverkäufe fallt gewordener Geschäfte angekündigten Verkäufe unter dem Werth Einhalt zu thun. Nicht nur werde der rechtschafene Verkäufer im Allgemeinen dabei benachtheilt, sondern auch das Publikum, weil es fast immer Waare von geringer Güte erhalte.

S. Petersburg. — Das Journal des Ministeriums des Innern meldet, daß sich in diesem Herbst in den Gouvernements Twer, Pskow und Smolensk auf den Winterfeldern der Wurm wieder gezeigt. Etwa später wurde er in den Kreisen Welikije Luki, Torez und Cholm des Gouvern. Pskow bemerkt. Hier sind die Winterfelder so stark mitgenommen, daß die Saat hat erneuert werden müssen,

Danzig. — Vor einigen Tagen fanden Kinder auf dem Ziganenberg im Unrat eine kleine weiße Flasche, die sie reinigten, und deren Inhalt, dem Geruch nach, Branntwein war; der eine Knabe will dies auch gekostet haben. Bald darauf begegneten ihnen drei Knechte, die sie wegen der begonnenen Kartoffel Nachlese bestrafen wollten, sich aber auch zufrieden erklärten, wenn ihnen die Kinder einen Dreier gäben. Die Kinder boten ihnen darauf die Flasche an. Alle drei Knechte tranken davon, kaum aber hatte der letzte die Flasche angefetzt, so stürzten die beiden ersten auch schon tott nieder, der dritte wurde in das Lazareth gebracht. Eine Untersuchung der Flasche ergab, daß die Flüssigkeit in derselben Branntwein mit Blausäure vermischt war. (?)

Die Englische Geldkrise, zu deren Bekämpfung alle Mittel aufgeboten werden, schreibt man hauptsächlich drei Ursachen zu, 1) den übertriebenen Aufkäufen fremden Getreides, 2) dem Schwindel in Eisenbahnen, welcher das baare Geld im Übermaß beansprucht und dem Handel und der Industrie entzog und 3) der Theuerung der Baumwolle. Die Einzahlungen auf Eisenbahnen betrugen 1844 und 1845 über 78 Millionen Pfund Sterling und in den Jahren 1846 und 1847 über 110 Millionen. Der Aufkauf der Baumwolle hat in der letzten Zeit jährlich 4 bis 5 Millionen mehr in Anspruch genommen, als in den gewöhnlichen guten Jahren.

Der Wetterprophet Stieffel macht auf die Sternschnuppen und Feuerkugeln aufmerksam, welche vom 11. bis 14. November in heiteren Nächten zu sehen wären. Er hält die Sternschnuppen für kleine Weltkörper, welche einzeln oder in Scharen um verschiedene Schwerpunkte innerhalb unseres Sonnen-Systems kreisen und theils blos leuchteten, theis selbst angezogen würden, wenn sie in den Bereich unserer Atmosphäre kommen.

Seit dem 25. Oktober sind die Berge um Luzern vom Gipfel bis zum Fuß mit Schnee bedeckt. Der kolossale Pilatus hat seinen schwarzen Mantel mit dem weißen Leichentuch vertauscht. Durch die vorausgegangenen Regengüsse sind die beiden Flüsse Emme und Reuss ausgetreten und Luzern kann nur noch von Zürich her von dem Feind angegriffen werden.

Die Städte Philadelphia, Baltimore und Washington und deren Umgebungen in Nordamerika sind seither von so starken Regengüssen heimgesucht worden, daß die meisten Brücken und Straßen von den Flutwellen zerstört wurden und jeder Verkehr zu Lande gehemmt ist.

Paris. — Auf den Boulevards zerplatzen am 1. November Abends wieder zwei Knallbomben. Ein Splitter traf ein kleines Mädchen an der Stirn, sie kam jedoch mit einer ziemlich starken Quetschung davon. Beim Zerplatzen flogen, wie gewöhnlich, aufrührerische Zettel umher.

Die Verhandlungen des Polen-Prozesses.

Sitzung vom 9. November 1847.

Nachdem nunmehr sämtliche bei dem Attentat vom 3. März beteiligte Personen vor den Schranken gestanden haben, wendet sich die Anklage zum Schlüsse des ganzen Prozesses, nämlich zu einer Gruppe von Angeklagten (Nr. 225—254), welche die schon oben bei Eßmann erwähnten communistischen Bestrebungen mit einander gemein haben. An der Spitze dieser Gruppe standen der Müller Eßmann, der Buchhändler Stefanski und der Schlosser Lipinski. Eßmann ist unter Nr. 215 bereits abgehandelt worden, Stefanski und Lipinski bilden die letzten beiden bedeutenden Erscheinungen, welche unter dem Reste der Angeklagten noch übrig sind. Der ganze heutige Tag war nur für Stefanski bestimmt. Was die äußere Erscheinung desselben anbelangt, so ist er zwar erst 33 Jahr alt, aber seine magere und bleiche Gestalt hat einen sehr ernsten und feierlichen, fast düsteren Charakter. Seine Sprache ist durchweg ruhig und gemessen. Er hat niemals ein Geständnis abgelegt. Es sind auch nirgends erhebliche Ermittlungen gegen ihn gemacht, die ganze Vorstellung von seiner Gefährlichkeit beruht vielmehr fast durchweg auf unbestimmten Nachrichten und auf Hörensagen. Nur auf Grund dieser Beweismittel stellt die Anklage gegen ihn folgende Behauptungen auf:

225. Valentin Stefanski. Er ist 33 Jahr alt, katholisch und Buchhändler zu Posen. Zuerst besuchte er die dortige Schule. Sodann erlernte er in der Decker'schen Hofbuchdruckerei daselbst die Buchdruckerkunst. Er ist Landwehrmann ersten Aufgebots und war Stadtverordneter zu Posen. Weegen Censur-Contraventionen wurde er bereits mehrfach mit Geldbußen bestraft. Valentin Stefanski interessierte sich von jeher für die Nationalität des polnischen Volks und hegte den Wunsch, daß Polen als ein selbstständiger Staat wieder hergestellt werden möchte. Schon früher ist erwähnt, daß zu Posen eine Parthei bestand, die unabhängig von der demokratischen, für sich einen Aufstands-Versuch vorbereitete und ihre Anhänger unter dem Bürgerstande, besonders unter der gewerbsreibenden Klasse zählte. Ihr lagen vorzüglich communistische Grundsätze, so wie religiöser Fanatismus zum Grunde und nicht sowohl die Schriften des demokratischen Vereins, als die Parthizanka, die Lebenswahrheiten und Flugschriften ähnlicher Tendenz waren es, welche bei dieser Parthei besondern Anklang fanden. An der Spitze derselben stand der Buchhändler Valentin Stefanski und seine thätigsten Agenten waren der Mühlenwerkmeister Eßmann und der Schlossermeister Lipinski zu Posen. Er hat sich nicht blos selbst gegen Andere als das Haupt dieser Parthei bezeichnet, sondern er ist als solches auch andern Mitverschworenen immer genannt worden. In dieser Eigenschaft hat er, so viel bekannt geworden, in folgender Art gewirkt. 1) Alle Ermittlungen führten darauf hin, daß durch ihn die Verschwörung von Posen aus zuerst nach West-Preußen verbreitet worden ist. Im Herbst 1843 reiste Stefanski nämlich von Posen aus nach Thorn. Bei dieser Gelegenheit lernte er den dortigen Schneidemeister, jenigen Mitangeklagten Stawiski kennen. Alle Agenten der Verschwörung, welche später nach Thorn gekommen sind, haben sich dort des

Namens Stefanski als Erkennungszeichen bedient. Im Februar 1845 unternahm der Mühlenwerkführer Eßmann in Begleitung des Gymnasten Zietkiewicz eine Reise nach Culm, um die dortigen Gymnasten für die Sache der Revolution zu gewinnen, wie dies bei Eßmann schon näher dargestellt worden ist. Beide hatten in Culm ausdrücklich angegeben, daß sie von Stefanski aus Posen abgesendet worden. Die Culmer Gymnasten schickten sogar, um nähere Auskunft hierüber zu erhalten, ihren Mitschüler Casimir Szredy zu Stefanski nach Posen. Im Monat Oktober 1845 war der Mitangeklagte Thadäus v. Smolensk von Thorn nach Posen gefahren und auch zu Stefanski gewiesen worden. Stefanski forderte ihn auf, in Thorn recht viel Leute für die Verschwörung zu werben und fügte hinzu, daß der Ausbruch der Revolution zu Thorn, Posen und Graudenz hauptsächlich beginnen werde. 2) In Posen wirkte Stefanski vornehmlich durch die Verbreitung revolutionärer Schriften. Er war einer der Vermittler, durch welchen die Schriften des demokratischen Vereins in das Großherzogthum eingeführt wurden. Selbst zu Paris in der Emigration war dies bekannt. Stefanski bezog diese Druckschriften von den Buchhändlern Marylski und Januszkiewicz aus Paris und verausgabte dafür in den Jahren 1840 bis 1845 allein 6340 Thlr. Sie gingen zum Theil unter seiner Adresse ein, zum Theil waren sie in Paqueten an andere Personen, z. B. den flüchtigen Landschafts-Controleur v. Buchowski und den flüchtigen Gutsbesitzer Joseph v. Mikorski signirt, jedoch den Sendungen an ihn beigelegt. Er pflegte sie dann in seiner Wohnung einzuschenken, aufzubewahren und demokratisch gesinnten Personen zur Lektüre mitzuteilen. Nach den Mittheilungen, welche Lipinski und der Dr. v. Niegolewski anderen Angeklagten nach deren Aussagen gemacht haben, ließ Stefanski den demokratischen Katechismus und die Parthizanka in vielen hundert Exemplaren durch den Schlosser Lipinski verabreichen. 3) Zur leichteren Ueberwältigung Posens soll nach den Angaben mehrerer geständigen Angeklagten der flüchtige Mitverschworene, Unteroffizier Konkiewicz, eine Zeichnung von der Festung gefertigt und sie dem Stefanski eingehändigt haben. Konkiewicz war ein Bekannter des Stefanski und beide verkehrten mit einander. Nun ist auch bei einer vorgenommenen Haussuchung in dem Schreibsekretär des Angeklagten eine solche Zeichnung von der Festung Posen wirklich vorgefunden worden. 4) Der Graf Wiesłowski hat ein Geständnis dahin abgelegt, daß er in den ersten Tagen des Monats November 1845 aus Galizien mit Dembowksi und Kożerksi nach Posen gekommen ist. Er kehrte bei Richard Berwinski ein, und unterredete sich dort mit Heltmann, Libelt und Stefanski. Libelt erklärte ihm bei dieser Gelegenheit, daß Stefanski zwar mit dem Comite in Verbindung stehe, aber hinter dem Rücken desselben handele. Stefanski äußerte dagegen, daß das leitende Comite zu Posen saumäßig sei und, daß namentlich v. Guttry, v. Słupecki und v. Mikorski ihre Stellung als Agenten vernachlässigten. Dies habe ihn veranlaßt, die Leitung aller revolutionären Verbindungen des Mittelstandes des Großherzogthums in seiner Hand zu vereinigen und eine Zusammenkunft in Thorn zu veranlassen zur Wahl eines neuen und thätigeren Comites. Er habe auch schon den militärischen Operationsplan und die Organisierung der Revolutions-Behörden entworfen. Seine am 8. November 1845 erfolgte Verhaftung hinderte ihn zwar an der Ausführung dieser Pläne. Indessen noch von der Festung aus ließ er durch den ehemaligen Unteroffizier Zieliński dem flüchtig gewordenen Mitverschworenen Konkiewicz sagen, daß er sich ruhig verhalten möge und auch alle Uebrigen auffordern solle, nichts anzufangen. Der Angeklagte stellt natürlich auch heut die Anklage Punkt für Punkt in Abrede. Er gibt zu, daß er eine glühende Liebe für sein Vaterland hege und sich auch vielfach mit kommunistischen Ideen beschäftigt habe, aber von einer Revolution will er nichts wissen, er will sich nur griffig mit dem Wohle seines Vaterlandes beschäftigen, insbesondere die Lehre des reinen Katholizismus als das Hauptmittel zur Hebung der Polnischen Nationalität erkannt haben. In Thorn will er nur in Geschäften gewesen sein, und den Besitz eines Planes der Festung will er sich nicht erinnern. Der Hauptbeweis gegen Stefanski besteht in den Angaben, welche Miroslawski und Thadäus v. Smolenski in ihren Geständnissen über ihn gemacht haben. Smolenski hat diese Angaben schon in der Voruntersuchung wieder zurückgenommen, v. Miroslawski hat dies heut. Auch drei Zeugen sagen nichts Erhebliches gegen ihn aus. Einer seiner Handlungsdienner weiß nichts von den verbotenen Büchern. Der Gymnast Szredy, der als Abgesandter der Culmer Gymnasten bei Stefanski gewesen war, bekundet keine verdächtige Neuerungen desselben. Auch der am Schlus der Anklage erwähnte Unteroffizier Zieliński stellt die Bestellung an Konkiewicz als eine harmlose dar. Dennoch begründet der als Staatsanwalt fungirende Assessor v. Berthab in sehr künstlicher Weise einen Antrag auf „Schuldig.“ Er führt sich hierbei namentlich auf die früheren Bezüchtigungen, auf den Besitz des Festungsplans, auf den ganzen Charakter des Angeklagten und auf die buchhändlerischen Beziehungen desselben zu der starken Verbreitung, welche die Schriften des demokratischen Vereins unzweifelhaft in der Provinz Posen gefunden hätten. Herr Eelinger fungirt als Defensor. Derselbe sucht zunächst die faktischen Behauptungen der Anklage Punkt für Punkt zu widerlegen. Dann geht er noch einmal zu einer allgemeinen juristischen Erörterung der ganzen Anklage über. Er bezieht sich hierbei namentlich auf den letzten ausführlichen Vortrag des Staats-Anwalts vom 29. Septbr. d. J. Zur Widerlegung des vom Staatsanwalt aufgestellten Begriffes von Hochverrath bringt er eine ganz neue und eigenthümliche Deduction vor. Es kommt nämlich bei der Bestimmung dieses Begriffes auf die Beantwortung der Frage an, was hat der Geschöpfer unter dem Ausdruck „Verfassung des Staats“ verstanden, hängt namentlich dieser Begriff irgendwie mit dem materiellen Länderebiet zusammen, oder bezieht er sich nur auf das rein ideelle Verhältniß zwischen dem Regierenden und den Regierten im Staate. Das Gesetz hat hierüber bisher völlig geschwiegen. Herr Eelinger bezieht sich heute aber plötzlich auf den §. 27. Theil II Tit. 6. des Allgemeinen Landrechts, welcher also lautet: „Die solcher Gestalt bestimmten Rechte und Pflichten der Gesellschaft und ihrer Mitglieder, so wie die wegen des Betriebes der gemeinschaftlichen Angelegenheiten getroffenen Einrichtungen machen die Verfassung dieser Corporation aus“, und sucht hieraus noch einmal zu beweisen, daß die von der Anklage aufgestellte Definition des Begriffs Verfassung völlig unrichtig sei, und daß also vom Verbrechen des Hochverraths hier nicht die Rede sein könne. Hiermit schließt die Sitzung. (Woss. Ztg.)

